

"Wird zum Verlust der Hegemonie führen": Staatsduma spricht über Formation der neuen G8

16 Juni 2022 22:06 Uhr

Der Bruch der Wirtschaftsbeziehungen durch Washington und dessen Verbündeten hätte zur Bildung neuer Wachstumszentren in der Welt geführt, sagte der Duma-Vorsitzende Wolodin. Er machte darauf aufmerksam, dass die Sanktionen gegen Russland die westlichen Volkswirtschaften getroffen hätten.



Quelle: Gettyimages.ru © Westend61

Symbolbild: Moskau City

Eine Analyse von Natalija Sergijewskaja und Anastassija Belousowa

Der Bruch der bestehenden Wirtschaftsbeziehungen durch Washington und seine Verbündeten hätte zur Bildung einer "neuen G8" geführt, sagte der Sprecher der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin. Er machte darauf aufmerksam, dass die Sanktionen gegen Russland die Volkswirtschaften von Ländern wie den USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada getroffen hätten.

"Im ersten Quartal 2022 verzeichneten die USA einen Rückgang des BIP um 1,5 Prozent und die Inflation erreichte mit 8,6 Prozent den höchsten Stand seit Dezember 1981",

sagte Wolodin. Unterdessen lag die Gruppe der acht Länder, die "nicht in die Sanktionskriege verwickelt sind" – China, Indien, Russland, Indonesien, Brasilien, Mexiko, Iran und die Türkei – gemessen am BIP zu Kaufkraftparität um 24,4 Prozent vor der alten Gruppe, bemerkte er.

"Die Vereinigten Staaten haben mit ihren eigenen Händen die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Länder, die einen gleichberechtigten Dialog und für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen aufbauen wollen, gemeinsam mit Russland eine 'neue G8' bilden", betonte der Parlamentspräsident.

Die USA, in ihrem "Abstieg" in wirtschaftlicher Hinsicht begriffen, verursachen weiterhin Spannungen in der Welt und tun alles, um ihre Probleme auf Kosten anderer zu lösen. "Und das wird unvermeidlich zum Verlust der Hegemonie in der Welt führen", konkludiert Wolodin. Dmitri Belik, Mitglied des Ausschusses für internationale Angelegenheiten der Duma, sagte im Gespräch mit *RT*, dass sich "diese neue G8 mit der Zeit deutlich vergrößern wird".

"Ungeachtet der Sanktionen, die Russland von den westlichen Ländern auferlegt wurden, leben etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung in Ländern, die Russland unterstützen oder sich neutral verhalten. Die führenden Politiker dieser Staaten erliegen nicht der billigen Propaganda des kollektiven Westens, der die Welt in eine neue Wirtschaftskrise stürzt",

stellte der Abgeordnete fest. Er erläuterte, dass die Vereinigten Staaten bei dem Versuch, ihre imperialen Ambitionen zu befriedigen, eine wichtige Tatsache außer Acht ließen: Russland ist der wichtigste Partner bei der Bewältigung der globalen Probleme. Die Staaten, welche dies verstehen, beabsichtigen, weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit mit Moskau aufzubauen, fügte Belik hinzu.

"Wir erleben gerade die Zerstörung vieler alter zwischenstaatlicher Bündnisse und die Schaffung neuer Zusammenschlüsse, deren Grundlage die nationalen Interessen sind und nicht die Umsetzung von Weisungen der Politiker aus Washington", so der Abgeordnete. Der Politologe Ruslan Balbec äußerte in einem Gespräch mit *RT* die Meinung, dass in der "neuen G8" alle Teilnehmer gleichberechtigt und "nicht die Laufburschen eines Herrn" sein würden.

"Der Wandel im strategischen Gleichgewicht der Welt verweist direkt auf die Notwendigkeit alternativer politischer Allianzen, und die neue G8 könnte ein leuchtendes Beispiel dafür sein. Sicher, heute hat der Westen eine starke Position in der Welt, doch seine Reputation als zuverlässiger Partner ist ramponiert",

bemerkte er. Am 6. Juni sagte der russische Präsident Wladimir Putin in einer Rede vor den Organisatoren des Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg, dass die Fehler des Westens in wirtschaftlichen Angelegenheiten die Ursache der Entstehung einer Welle globaler Inflation seien.

"Langjährige Fehler der westlichen Länder in der Wirtschaftspolitik und illegitime Sanktionen haben zu einer weltweiten Inflationswelle, der Zerstörung üblicher Liefer- und Produktionsketten, einer starken Zunahme von Armut und der Verknappung von Lebensmitteln geführt",

sagte der russische Staatschef in seiner Ansprache. Das Staatsoberhaupt hatte schon früher darauf aufmerksam gemacht, dass die kurzsichtige Politik der USA und Europas zu dem Preisanstieg geführt habe. Putin wies unter anderem darauf hin, dass einer der Gründe für die ungünstige Entwicklung auf dem globalen Markt für Nahrungsmittel die expansive Fiskalpolitik der USA während der Pandemie ist, als Washington beschloss "den Weg der enormen Finanzspritze einzuschlagen", um die Bevölkerung und einzelne Wirtschaftszweige zu unterstützen, was zu einem erheblichen Anstieg der Geldmenge in den Vereinigten Staaten führte.

"Das war der erste Schritt, ein sehr gravierender Schritt zur Entwicklung der ungünstigen Situation auf dem Nahrungsmittelmarkt, weil zuallererst die Preise auf Lebensmittel gestiegen sind",

erklärte der russische Staatschef. Außerdem erinnerte er daran, dass Europa und die Vereinigten Staaten nach dem Beginn der russischen Spezialoperation anfangen, Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Verschärfung der Weltmarktlage für Düngemittel führten und in der Folge auch zu einem Anstieg der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Putin bemerkte, dass solche Aktionen "eine absolut kurzsichtige Politik ist, die in eine Sackgasse führt".

Anfang Juni hatte Wjatscheslaw Wolodin die Verabschiedung des sechsten Pakets antirussischer Sanktionen durch die Europäische Union kommentiert und thematisierte dabei die Erschöpfung des Instrumentariums zur Eindämmung der Entwicklung Russlands durch die EU und die Vereinigten Staaten, die sich mit der Verabschiedung neuer Sanktionen zwischen einem schlechten und einem sehr schlechten Szenario für die Wirtschaft und die Bürger ihrer Länder entscheiden müssten.

"Washington tut alles dafür, dass die Hauptlast der Sanktionen auf die europäischen Länder fällt. Man schwächt bewusst die Wirtschaft der europäischen Staaten, um sie noch abhängiger von den USA zu machen", betonte der Parlamentarier.

Übersetzt aus dem [Russischen](#).

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.